

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Abz.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Orzfaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Großschöndorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Freibersdorf, Lichtenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Böcker & Sohn (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 164

Mittwoch, den 17. Juli 1929

81. Jahrgang

Ausverkauf!

Mit großer Spannung darf man dem in den nächsten Tagen zu erwartenden üblichen Halbjahresbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert entgegensehen. Gerade nach der wenig ehrenvollen Doppelrolle, die Gilbert im letzten halben Jahre gespielt hat, darf man neugierig sein, in welcher Weise er seinen neuen Bericht färbt. Wie erinnerlich, war der letzte Ende Dezember veröffentlichte Bericht nichts weiter als eine allen Tatsachen zuwiderlaufende Abhandlung vom steigenden deutschen Wohlstand, von dem daraus erwachsenden Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft, wie sie sich in der Anleihegewährung ausspricht, und von der beträchtlichen deutschen Spartätigkeit. Wird der neue Bericht in ähnlichem Stil gehalten sein, oder wird er noch der scharfen Kritik, die der Bericht des Winterhalbjahres im In- und Auslande hervorgerufen hat, dieses Mal von pessimismus trüben?

Gerade angesichts des kommenden Berichts ist es notwendig, sich deutscherseits unparteiisch über die Entwicklung klar zu werden, die die deutsche Wirtschaft unter dem Druck der Reparationslasten in den letzten Jahren durchgemacht hat. Trotz der Modernisierung und Rationalisierung der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe, die vorgenommen wurde, um durch entsprechende Produktionssteigerung in der deutschen Bedarfsdeckung vom Ausland unabhängig zu werden, ist es uns nicht gelungen, die Einfuhr umfang- und wertmäßig gegenüber der Ausfuhr zu vermindern. Die Außenhandelsbilanz ist passiv geblieben. Die deutsche Abhängigkeit vom Ausland ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Am erschreckendsten tritt diese Abhängigkeit in den Verschuldungsziffern der deutschen Wirtschaft und in ihrer zunehmenden Leberremdung in Erscheinung. Durch die enormen Reparationszahlungen werden der Wirtschaft im größten Umfange gerade die Mittel entzogen, deren sie dringend zur Belegung der Produktion bedarf. Gleichzeitig kauft das Ausland gerade dank der Einnahmen aus den deutschen Reparationslasten und Anleihezinsen mehr und mehr deutsche Wirtschaftsgüter und deutschen Grundbesitz auf. Keine Woche vergeht, ohne daß wir von dem Uebergang deutscher Unternehmungen an das Ausland oder von ausländischen Kapitalbeteiligungen an deutschen Konzernen hören. Gerade die Ereignisse der letzten Monate haben uns vor Augen geführt, daß wir zur Zeit in einem Ueberfremdungsprozeß der deutschen Wirtschaft durch das Ausland stehen, der geradezu katastrophale Ausmaße annimmt.

Nachdem im März dieses Jahres die größte deutsche Autofabrik, die Opel-Werke, größtenteils in amerikanischen Besitz (General Motors) und wenige Wochen später die deutsche Kugellagerindustrie an den schwedischen Kugellagerkonzern S. K. F. in Göttingen überging, wurde dieser Tage die Beteiligung des größten amerikanischen Elektrizitätskonzerns an der deutschen Glühlampen-Industrie „Ostram“ bekannt. Zu diesen jüngsten Interessententausen der ausländischen Konkurrenzunternehmungen kommt die riesige Liste der in den letzten Jahren unter ausländischen Einfluß gekommenen Betriebe. Drei Viertel der deutschen Delmühlen- und Margarine-Industrie unterliegen heute den holländischen Konzernen (Jürgens, van den Bergh), in einem großen Teil der deutschen Schokoladen-Industrie (speziell Sarotti) hat der Schweizer Nestlé-Konzern die Aktienmehrheit. Belgische Kreise beherrschen die deutsche Glas-, Spiegelglas- und Korkindustrie. In amerikanischem Besitz ist die größte Nähmaschinenfirma Singer, sind die Unternehmungen, die Rasierklippen und Rasierapparate herstellen. Die Belberter Schloßindustrie steht vollends unter dem Einfluß des amerikanischen Yale- und Town-Konzerns. Amerikanisch-italienische Kreise kontrollieren die deutsche Autoindustrie. An der deutschen Schallplatten- und Gramophonindustrie sind die einschlägigen englisch-amerikanischen Industrien weitestgehend interessiert. Die deutschen Seifenfabriken sind zu 40 Prozent in ausländischem, namentlich englischem (Sunlight) Besitz. England schwingt sein Zepher über die wichtigsten Betriebe der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie. In der westdeutschen Kabelindustrie machen sich luxemburgische Einflüsse geltend. Französische Montagruppen sind am westdeutschen, amerikanischen am ober-schlesischen Bergbau grundlegend interessiert. Schweden beherrscht zu mehr als 70 Prozent die deutsche Zündholzfabrikation. Die Fischerei ist an der deutschen Textilindustrie beteiligt, der tschechische Schuhkonzern Bata & Co. kauft immer neue deutsche Schuhbetriebe auf. Selbst die gewaltige deutsche Elektroindustrie sieht, wie eingangs angedeutet, mit Besorgnis das stetige Vordringen des Auslandes auf dem deutschen Markt. Starke ausländische Einflüsse bestehen

Ist der Young-Plan ein totgeborenes Kind?

Ersthwerte landwirtschaftliche Kreditlage — „Zeppelin“-Amerikafahrt Anfang August — Kriegsstimmung in Moskau
Chinas Antwortnote an Moskau

Poincaré beendet seine Dauerrede.

Youngplan und Frankreichs Schulden.
Paris. Knapp 40 Abgeordnete sind anwesend, als Ministerpräsident Poincaré am Dienstag die Kammertribüne besteigt, um seine Ausführungen über die Ratifizierungsfrage fortzusetzen und — endlich — zum Schluß zu bringen. Draußen in den Wandelgängen dagegen stehen die Deputierten, erregt diskutierend, in dichten Gruppen.

Der Redner spricht vom Youngplan. Mit überdeutlichem Bunt nach London betont er nachdrücklich, daß die Arbeit der Sachverständigen ein „unteilbares und unzerstörbares Ganzes“ sei. Es dürfe nicht übersehen werden, daß binnen zehn Jahren die Sachlieferungen aufhören würden: ein Vorteil für Frankreich. Durch die Einrichtung einer privaten internationalen Zahlungsbank sei den Reparationsleistungen ein kommerzieller Charakter verliehen worden. Deutschland werde also mit der Einstellung seiner Zahlungen sofort seinen eigenen Kredit erschüttern.

In diesem Augenblick griff Herriot ein, der in den letzten Wochen mehr und mehr neben Leon Blum der eigentliche Führer der Opposition geworden ist. Gewiß, meinte Herriot, könne die tatsächliche Verknüpfung der Reparationen und der Schulden nicht bestritten werden, aber sei denn diese Verbindung wirklich vorteilhaft für Frankreich? Wenn aber die Vereinigten Staaten einen Schuldennachlaß bewilligten, würde Deutschland zu zwei Drittel davon profitieren. Folglich könne sich die durch den Youngplan geschaffene Verknüpfung nicht zugunsten Frankreichs auswirken, eher zu seinem Ungunsten.

Erregt brauste Poincaré auf: „Zieht Herr Herriot daraus den Schluß, daß der Youngplan abgelehnt werden muß. Ja oder nein?“ Ruhig und sachlich erwiderte Herriot, er habe doch wohl das Recht, darauf hinzuweisen, daß

die durch den Youngplan geschaffene Verknüpfung der Schulden und der Reparationen wohl Frankreich, nicht aber Deutschland verpflichte.

Der französische Ministerpräsident ist so erregt, daß er das Sachliche der Einwände Herriots gar nicht mehr erkennt. Hochroten Kopfes faucht er den Zwischenrufer an: „Was, ein ehemaliger Regierungschef wagt hier zu sagen, daß Deutschland nicht gebunden sein wird, wenn es unterzeichnet hat!“ Poincaré fuhr fort: Zum ersten Male habe sich Deutschland verpflichtet, Jahr für Jahr die gleichen Summen zu zahlen, die Frankreich an Amerika und England abzuführen habe. Und darum seien

alle Schuldner Amerikas daran interessiert, daß Deutschland wirklich zahle.

Und das sei doch ein entscheidender Vorteil, den bisher niemand habe erreichen können.

Zum Schluß ging Poincaré auf die Frage einer etwaigen Revision des Youngplanes ein. Er bestritt jede Revisionsmöglichkeit! Der französische Ministerpräsident faßte dann noch einmal das Wesentliche seiner Ausführungen zusammen und beschwor die Kammer, die Schuldenabmachungen zu ratifizieren, damit der Youngplan nicht ein totgeborenes Kind sei.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von der Rechten und den Mittelparteien mit starkem Beifall aufgenommen, während die Linke in eisigem Schweigen verharrte.

Ersthwerte landwirtschaftliche Kreditlage.

Das erste Drittel der Golddiskontbankleihe getilgt.

Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank) teilt mit, daß das am 15. Juli 1929 fällig gewordene erste Drittel der von ihr in den Jahren 1926-27 aus gegebenen Hypothekenschuldscheine, die seinerzeit von der Golddiskontbank übernommen wurden, voll eingelöst worden ist, nachdem ein erheblicher Teil dieser Hypothekenschuldscheine bereits im Laufe des letzten halben Jahres auf Grund vorzeitiger Rückzahlungen getilgt werden konnte.

Wenn es also gelungen ist, das erste Drittel der Golddiskontbankleihe trotz der scharfen Anspannung des Agrarkredites kurz vor Beginn der Ernte und trotz der äußerst ungünstigen Verhältnisse am Kapitalmarkt glatt zur Rückzahlung zu bringen, so dürfte dies in erster Linie dem Umstand

zu verdanken sein, daß die beteiligten Realkreditinstitute und Girozentralen schon sehr frühzeitig die notwendigen Vorbereitungen getroffen

haben. Etwa 40 000 Landwirte wurden von dem Abwicklungsprozeß betroffen, der sich auf einen Gesamtbetrag von 120 Mill. RM bezog. Da vorauszusehen war, daß nur eine Minderzahl der Landwirte Rückzahlungen in bar würde leisten können, und da andererseits die Golddiskontbank nicht in der Lage war, von sich aus auch nur Teilbeträge zu stunden, so fiel nahezu die ganze Last der Beschaffung von Erstkrediten auf die Rentenbank-Kreditanstalt und die Realkreditinstitute.

Eine Reihe von Realkreditinstituten sah sich großen Schwierigkeiten bei der Unterbringung ihrer Pfandbriefe gegenüber. Hier griff die Rentenbank-Kreditanstalt ein, indem sie aus eigenen Mitteln Pfandbriefe in Gesamthöhe von 8 Mill. RM erworb und den Abzug von weiteren 10 Mill. RM Pfandbriefen vermittelte. Schließlich übte die Golddiskontbank Entgegenkommen, indem sie schon vor Ablauf der Rückzahlungsfrist jeden zu Tilgungszwecken einlaufenden Betrag annahm. So war es möglich, die Rückzahlung auf derzeit weite Zeiträume zu verteilen, daß sie sich ohne Störung des landwirtschaftlichen Kreditystems vollzog.

Starke Truppenzusammenziehungen an der russisch-mandschurischen Grenze.

Lokio. Reisende auf der sibirischen Eisenbahn berichten von starken russischen Truppenbewegungen auf der Bahn zwischen Baital und Mandschurei an der russisch-mandschurischen Grenze. Ferner meldet der japanische General Murakami die Zusammenziehung chinesischer Truppen an der sibirisch-mandschurischen Grenze. Die Ussuri-Eisenbahn für den Privatverkehr gesperrt worden.

In Nanking hat die chinesische Regierung die Drohung Sowjetrußlands zur Kenntnis genommen. Der Präsident des chinesischen Staatsrats, Tschiang Kai-schek, hat bereits einen Bericht an das Hauptquartier der Kuomintang geschickt, worin er mitteilt, daß die Nanking-Regierung sich bereits über ihre endgültige Politik entschieden habe. Es wird halbamtlich erklärt, daß China seine Kontrolle über die chinesische östliche Eisenbahn durch Entfernung aller Russen an der Bahn zwischen Chargin und Chazschun zu festigen suchen werde. Man wartet ab, was die Russen nach Ablauf ihres Ultimatus tun werden.

In Pekingern glaubt man, daß die Beschlagnahme der Ost-Eisenbahn durch China den

Auftakt zu einem allgemeinen Feldzug zur Selbstbehauptung Chinas und der Aufhebung aller ausländischen Rechte

wilden werde.
Das russische Doppelultimatum an die Regierungen in Nanking und Peking hat die Gefahr eines großen Krieges an Fernen Osten hervorgerufen. Allerdings sind von Moskau aus russische Friedenshändler unterwegs, um eine gütige Beilegung des mandschurischen Konflikts herbeizuführen. Es handelt sich natürlich um einen Vorgang, der zeigt, wie die chinesischen Bestrebungen nach Selbstständigkeit allmählich auch auf die Interessen der Nachbarvölker einwirken.

Die große Ostsibirische Bahn, die Moskau mit Wladiwostok verbindet, durchschneidet in ihrem letzten Teil einen Zipfel der Mandschurei. Nach Verträgen von 1896 und 1924 lag die Verwaltung auf dieser Bahnstrecke fast ganz in russischen Händen. Besitzer dieser Strecke waren je zur Hälfte China und Rußland. Rußland scheint die Absicht gehabt zu haben, seine Anteile an der Bahn an Amerika oder Japan zu verkaufen, da es glaubte, auf die Dauer seine Eigentumsrechte an der Bahn nicht aufrecht erhalten zu können. Die bolschewistische Propaganda der russischen Eisenbahnbeamten wurde daher von China zum Anlaß genommen, die russischen Verwaltungsbeamten zu verreiben, um zu verhindern, daß das amerikanische oder japanische Großkapital ein ungewisser Partner auf der mandschurischen Eisenbahnstrecke werde.

Rußland hat vorgeschlagen, durch eine diplomatische Konferenz den mandschurischen Eisenbahnkonflikt zu über-